

Die Situation, wie sie sich heute für das Kleingewerbe und Handwerk abzeichnet, ist folgende: Der Kleingewerbetreibende und Handwerker, der speziell heute durch die Preisgestaltung — Zurückführung der Preise auf den Stand von 1944 — keine große Gewinnspanne mehr hat, zum Teil sogar keine Gewinne erlösen kann, ist trotzdem steuerlich sehr stark in Anspruch genommen. Darüber hinaus ist der Kleingewerbetreibende und Handwerker infolge der Zerschlagung der Verkehrswege und des Fehlens des Telefons nicht in der Lage, seine Waren und Güter so rasch und reibungslos heranzuführen, wie dies früher der Fall war. Das bedeutet eine starke Erhöhung der Unkosten. Diese auf die Waren umzulegen, ist ihm auf Grund des Preisstops nicht gestattet, so daß er damit auch weniger verdient. Gleichlaufend ist festzustellen, daß im Handwerk und Kleingewerbe sehr wenig gute Fachleute vorhanden sind, was die Gesteuerungskosten weiter verteuert.

Weiterhin ist zu beachten, daß, wenn der Kleingewerbetreibende und Handwerker, der ausgebombt ist oder durch Kriegseinwirkungen seinen Besitz verlor, heute wieder produktiv tätig sein will, er den größten Teil seiner Gewinne und Einnahmen investiert, um die nötigen Hilfsmittel zu erstellen, ungeachtet dessen, daß er seine Wohnungseinrichtung wiederherstellen und sonstigen Bedürfnisse decken muß. Auf jeden Fall stellt er sich viel schlechter als der Arbeiter im Betrieb, der in der gleichen Lage sein dürfte.

Ich bitte die Landesverwaltung, der Besatzungsmacht einen Hinweis darauf zu geben, damit eine Milderung herbeigeführt werden könnte.

Freitag (CDU):

Meine Damen und Herren!

Es ist völlig müßig, an dem guten Bericht, den Vizepräsident Rohner über die Entwicklung und den Aufbau der Landesfinanzen gehalten hat, eine Kritik im früheren Maßstabe zu üben. Wir befinden uns auch hier im Aufbau und Übergang. Somit mußte die Finanzverwaltung völlig Neues schaffen.

Aber auf einige Punkte möchte ich aufmerksam machen. Vizepräsident Rohner hat mit Recht betont, daß die Handhabung und Formung des Finanzausgleichs zwischen dem Land, den Kreisen und Gemeinden nicht befriedigen kann. Man muß darauf hinweisen, daß gerade früher der Wert einer zweckmäßigen und erfolgreichen Verwaltung des Landes, der Gemeinden und sonstigen Selbstverwaltungen daran erkannt wurde, wie sich der Zuschuß zu deren allgemeinen Verwaltungskosten neben den rein sachlichen Aufgaben der betreffenden Träger gestaltet. Insofern wäre es zu begrüßen, wenn die Gemeinden und Kreise, selbstverständlich mit Genehmigung der Besatzungsmacht, allmählich wieder in eine verantwortungsvolle Handhabung ihrer eigenen Finanzaufgaben hineinwachsen könnten, daß sie nicht Kostgänger der Gemeinden und Kreise bleiben. Dabei wäre die Frage zu beachten, ob es nicht möglich wäre, den Gemeinden in beschränktem Umfange eigene Steuerquellen zu belassen oder zu erschließen, wie dies früher gehandhabt wurde. Im Laufe der Entwicklung seit 1920 haben sich die Dinge erheblich geändert, aber gerade, wenn jetzt die Gemeindevahlen kommen, ist es dringend notwendig, daß Disziplin und Verantwortung in den kleinsten Stufen der Selbstverwaltung für die Handhabung der Finanzgebaren aufleben.

Zu einer anderen Frage: Wenn im Befehl Nr. 66 der SMA die Einziehung sämtlicher alten Schulden vor dem 8. Mai gefordert wird, also auch die Flüssigmachung und Aufhebung hypothekarisch-verankerter Schulden usw., dann sind bei verschiedenen wirtschaftlichen Betrieben erhebliche Schwierigkeiten entstanden. Es wird zu sehr nach dem Buchstaben vorgegangen.

Andererseits müßte eine gewisse Lockerung aus noch bestehenden Guthaben, besonders, wenn sie nach dem

8. Mai entstanden waren, erfolgen. Es wird in weiten Kreisen noch immer nicht verstanden, warum gerade in der Frage der Postscheckkonten keine erträgliche und annehmbare Lösung gefunden wurde, die zweifellos durchführbar ist und nach Zusage der Zentralfinanzverwaltung in Berlin schon seit längerer Zeit erfolgen sollte.

Ein Finanzminister muß selbstverständlich Optimist sein. Deshalb ist es durchaus angebracht, wenn die Landesverwaltung mit steigenden Steueraufkommen noch zu rechnen glaubt. Es muß warnend und skeptisch darauf hingewiesen werden, daß dieses steigende Steueraufkommen mit auf die erhebliche Überhöhung der Preise zurückzuführen ist, die sich leider herausgebildet hat und bisher durch alle Gesetze, Maßnahmen und Androhungen nicht auf den Stand von 1944 zurückgeschraubt werden konnte. Dabei muß in diesem Zusammenhang betont werden, daß von einem inflatorischen Aufblähen der Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten, die zu diesen Preisen geführt haben sollen, nicht die Rede sein kann, sondern, daß die Arbeiter und Angestellten vorbildliche Disziplin gezeigt haben. Ich glaube, wenn wir die Gefahr einer Inflation von der Geldseite her als gehemmt oder ausgeschlossen ansehen können, so besteht die Gefahr immer noch von der Preiserhöhung der Güter her und einer weiteren Entwicklung auf diesem Gebiet. Hier müssen stramme Zügel angelegt werden.

Darüber hinaus soll zugegeben werden — wer die Dinge praktisch in der Wirtschaft kennt, wird es ja wissen, — daß gerade, weil der Ausgleich mit Gütern, Waren und Ersatzteilen usw. aus den übrigen Zonen noch nicht möglich ist, mitunter zwangsläufig Verhältnisse eintreten, die zu der Entwicklung der Verkaufspreise führten, die an sich durch die Höhe der Produktionskosten der eigenen Wirtschaft nicht gegeben sind. Es muß in Zukunft möglich sein, wenn es gelingt, Deutschland als wirtschaftlich-einheitliches Ganzes zu verwalten und die Durchführung gesichert ist, daß die Möglichkeit gegeben ist, die überspannten Kosten, die an sich mit dem Produktionsfaktor nichts zu tun haben, auf den richtigen Stand herabzusetzen. Ich erinnere an die furchtbar gestiegenen Transportkosten, die auf diese Erscheinung zurückzuführen sind, so daß die Kosten auf exorbitante Weise stiegen.

Das wäre im großen und ganzen das, was ich zu bemängeln hätte. Nur noch auf eines möchte ich hinweisen: Herr Vizepräsident Rohner hat anfangs erklärt, daß das Bundesland Sachsen — das werden auch die anderen Provinzen und Länder, nicht nur der sowjetischen Zone, sondern auch in der amerikanischen und englischen Zone für sich in Anspruch nehmen — sich nicht als Rechtsnachfolger des Reiches fühlt. Es muß aber darauf hingewiesen werden, daß alle diese Länder und Provinzen, obwohl sie nicht die Rechtsnachfolger für die Schulden geworden sind, zu einem erheblichen Teil ziemliche Werte aus alten Reichsvermögen in den Bestand der Länder und Provinzen übernommen haben. Deshalb muß man der Ansicht sein, so bodenlos der Sturz der Wirtschaft und anschließend der der Finanzen gewesen ist, daß in der Frage der Aufwertung der Sparkassenguthaben und anderer gesperrter Konten noch nicht das letzte Wort gesprochen sein kann.

Es folgt Punkt 4 der Tagesordnung:
„Seuchenbekämpfung“.

Staatsekretär Dr. Wolf:

Meine Herren Präsidenten, meine Damen und Herren!

Ich danke dem Präsidium dieser Versammlung, daß es mir Gelegenheit gibt, Ihnen an dieser Stelle einen Überblick über den Stand der Seuchen in unserem Lande zu geben und Ihnen deren Bekämpfung darzulegen.

Jeder Krieg, ganz besonders aber ein so total verlorener Krieg wie der letzte, bringt Seuchen mit sich.